



Volksbefragung zur Verlängerung von Wehr- und Zivildienst?

Bundesregierung entscheidungsunfähig!

Präsident Oberstleutnant Bernd Huber: „Ansage von Bundeskanzler Stocker macht fassungslos. Ein Rücktritt und Neuwahlen wären eine ehrlichere Antwort!“

Österreich erlebt gerade das seltene Beispiel, wie eine Regierung die Ergebnisse einer Kommission, die sie selbst einberufen hat und deren Mitglieder von derselben als „hochkarätige Experten“ bezeichnet wurden, konterkariert und letztendlich versenkt. „Mit der heute von Bundeskanzler Christian Stocker erhobenen Forderung, die Frage einer Verlängerung von Wehr- und Zivildienst, wie sie von der Wehrdienstkommission unter Vorsitz von Generalmajor Hameseder völlig richtig eingefordert wurde, einer Volksbefragung zu unterziehen, erlebt nicht nur die österreichische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, sondern auch die Innenpolitik insgesamt einen neuen, bisher nicht für möglich erachteten Tiefstand“, fasst Präsident Oberstleutnant Bernd Huber seine Beurteilung zusammen. Diese Beurteilung sei Ausdruck seiner tiefen Besorgnis vor dem Hintergrund der international als brandgefährlich und kritisch einzuschätzenden Lageentwicklung. Zur Erinnerung: Der Überfall Russlands auf die Ukraine, der die fatale sicherheitspolitischen Fehleinschätzungen des „Westens“ demaskiert hat, jährt sich in Kürze zum vierten Mal. Österreich hat zwar in punkto Verteidigungsbudget in der Zwischenzeit deutlich nachgebessert, was übrigens durch sämtliche wehrpolitisch relevanten Verbände stets eingefordert wurde, hat sich aber um die Personalfrage in der Landesverteidigung über diese vier Jahre „herumgemogelt“, bis schließlich die eingangs angeführte Wehrdienstkommission einberufen wurde. „Nun liegt deren Ergebnis und Einschätzung glasklar vor. Eine rasche Umsetzung wäre also angesagt. Was aber macht die Bundesregierung aktuell in Betriebsform des Bundeskanzlers? Man will die Verantwortung für eine notwendige und unumgängliche Entscheidung auf die Bürger dieses Landes abwälzen! Es ist aber geradezu Aufgabe einer Bundesregierung, Entscheidungen zu treffen und diese vor dem Volk zu vertreten und nicht umgekehrt“, fordert Präsident Bernd Huber.

Rücktritt und Neuwahlen!

„Eine Bundesregierung ist an ihrer Problemlösungskompetenz zu messen und daran, wie sie die zentralen und vitalen Interessen des Gemeinwesens Österreich vertritt. Gemessen an diesem Kriterium kann dem Bundeskanzler und der Bundesregierung leider nunmehr auch in punkto Sicherheitspolitik nur noch ein glattes „Nicht genügend“ zuerkannt werden. Ein Rücktritt und Neuwahlen wären eine ehrlichere Ansage im Interesse Österreichs“, so Präsident Bernd Huber abschließend.